26. 1. Ist eine öffentliche Urkunde echt, wenn der Name des als Aussteller bezeichneten Beamten nicht von diesem selbst, sondern mit seiner Genehmigung von einem Dritten geschrieben ist?
2. Kann eine fälschlich angefertigte Urkunde verfälscht werden?
3. Setzt der Thatbestand des §. 270 St.G.B.'s voraus, daß die falsche oder verfälschte Urkunde, von welcher zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht ist, in rechtswidriger Absicht fälschlich angefertigt oder verfälscht ist?
- St.G.B. §§. 267. 270.

II. Straffenat. Ur. v. 8. April 1881 g. C. Rep. 607/81.

I. Landgericht Lissa.

Aus den Gründen:

Der erste Richter nimmt folgende Thatfachen als erwiesen an:

„Im Juli 1880 schickte der Angeklagte zu dem Ortsschulzen D. zu Str., um sich von demselben ein Viehgesundheitsattest für den noch im Juli 1880 stattfindenden Markt in G. ausstellen zu lassen. Der Schulze sandte ihm ein mit dem Schulzensiegel versehenes Formular eines Attestes mit der Weisung zurück, sich dasselbe selbst auszufüllen. Der Angeklagte that dies in der Weise, daß er die Bezeichnung des Viehes, den Ort des Marktes, nämlich G., das Datum des Markttages in das Formular setzte und den Namen des Schulzen D. unter die gedruckten Worte „der Ortsvorstand“ schrieb. Der Angeklagte verkaufte sein Vieh in G. nicht. Er wollte dasselbe auf dem im August 1880 in S. stattfindenden Markte verkaufen und sandte deshalb das Attest an den Schulzen mit dem Ersuchen, es für diesen Markt umzuändern. Der Schulze schickte das Attest mit dem Bemerkten zurück, er werde selbst in S. sein und dort die nötige Änderung vornehmen. Der Angeklagte änderte darauf selbst das Attest um, indem er das Wort „G.“ in „S.“ umänderte, statt des Juli-Datums das Datum des Augusttages setzte und die ursprüngliche Fassung radierte. Dies Attest übergab er dem Käufer seines Viehes auf dem Markte in S., von welchem es an den die Aufsicht auf dem Markt führenden Gendarmen weitergegeben wurde.“

Wegen dieser zweiten im August 1880 vorgenommenen Handlung ist der Angeklagte aus §. 267 St.G.B.'s angeklagt, vom ersten Richter aber freigesprochen.

Die Urteilsgründe gehen davon aus, daß der Angeklagte durch die Ausfüllung des Attestes im Juli 1880 allerdings eine inländische öffentliche Urkunde fälschlich angefertigt habe, diese (übrigens nicht unter Anklage gestellte) Handlung aber nicht aus §. 267 St.G.B.'s strafbar sei, weil er weder die Urkunde in rechtswidriger Absicht angefertigt, noch auch von derselben im Juli 1880 zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht habe. Im August 1880 habe der Angeklagte zwar die von ihm fälschlich angefertigte öffentliche Urkunde mit Änderungen auf dem Markte in S. gebraucht, auch sei dieser Gebrauch zum Zwecke der Täuschung des Gendarmen geschehen, gleichwohl aber könne der Thatbestand des §. 267 St.G.B.'s nicht festgestellt werden, weil der

Angeklagte in diesem Falle nicht eine echte öffentliche Urkunde verfälscht, vielmehr von vornherein nur eine falsche Urkunde vorgelegen habe.

Die gegen das Urteil von Seiten der Staatsanwaltschaft erhobene Revision erscheint begründet.

Dem ersten Richter ist allerdings darin beizutreten, daß der Thatbestand des §. 267 St.G.B.'s nicht vorliegt. Mit Recht nimmt derselbe zunächst an, daß das Viehgesundheitsattest, welches der Angeklagte im Juli 1880 mit Genehmigung des Ortschaftschulzen D. ausgefüllt und mit dessen Namen unterzeichnet hat, in seiner ursprünglichen Fassung als eine objektiv falsche, d. h. fälschlich angefertigte öffentliche Urkunde sich darstelle. Denn echt ist, von dem Ausnahmefall des §. 269 St.G.B.'s abgesehen, eine Urkunde nur dann, wenn sie von demjenigen herrührt, der sich als Aussteller auf der Urkunde bezeichnet hat. Bei Privat-urkunden mag es nicht in Betracht kommen, ob die Urkunde von dem Aussteller selbst, oder in dessen Auftrage von einem Dritten mit dem Namen des Ausstellers unterschrieben ist. Bei öffentlichen Urkunden, d. h. bei solchen Urkunden, welche von einer öffentlichen Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Amtsbefugnisse oder von einer mit öffentlichem Glauben versehenen Person innerhalb des ihr zugewiesenen Geschäftskreises in der vorgeschriebenen Form aufgenommen oder ausgestellt sind, verhält es sich anders. Der Unterschied beruht darauf, daß das öffentliche Recht eine Stellvertretung in dem Umfange, wie das Zivilrecht sie zuläßt, überhaupt nicht kennt, dieselbe vielmehr nur innerhalb der für die einzelnen Fälle gezogenen Schranken gestattet. Der Beamte kann seine amtlichen Befugnisse nicht willkürlich auf andere delegieren und ist es daher auch unzulässig, daß ein Beamter seinen Namen unter eine öffentliche Urkunde durch einen Dritten schreiben läßt.

Ist aber das fragliche Attest in seiner ursprünglichen Fassung ein objektiv falsches, so ist auch die weitere daraus vom ersten Richter gezogene Folgerung, daß eine Verfälschung dieses Attestes nicht möglich war, richtig. Denn verfälschen kann man nur eine echte Urkunde, d. h. eine solche, welche von demjenigen herrührt, der sich als Aussteller bezeichnet. Es ergibt sich dies unmittelbar aus dem Begriff des Verfälschens, der ein echtes Objekt voraussetzt. Verfälschen heißt etwas Wahres, Echtes falsch machen, dagegen versteht es sich von selbst, daß eine nur verfälschte echte Urkunde auch weiter verfälscht werden kann.

Wenn daher auch insoweit den Ausführungen des ersten Richters

beigetreten werden muß, so folgt daraus doch keineswegs ohne weiteres die Freisprechung des Angeklagten.

Nach §. 263 St.Pr.O. bildet den Gegenstand der Urteilsfindung die in der Anklage bezeichnete That, wie sich dieselbe nach dem Ergebnisse der Verhandlung darstellt. Das Gericht ist an diejenige Beurteilung der That, welche dem Beschlusse über die Eröffnung des Hauptverfahrens zu Grunde liegt, nicht gebunden. Bei Berücksichtigung dieser Vorschrift hätte das Gericht, wenn es annahm, daß eine Verfälschung einer öffentlichen Urkunde nicht vorläge, sich nach Lage der Sache der Prüfung nicht entziehen dürfen, ob nicht der Angeklagte sich aus §. 270 St.G.B.'s strafbar gemacht habe. Denn das Gericht nimmt an, daß der Angeklagte von der falschen Urkunde, wissend, daß sie falsch war, zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht habe, daß also alle Thatbestandsmerkmale des §. 270 St.G.B.'s vorlagen. Die öffentliche Urkunde war nach der Annahme des ersten Richters vom Angeklagten von vornherein fälschlich angefertigt und behält selbstredend diesen Charakter bei den späteren Veränderungen. Sie war also eine falsche im Sinne des §. 270 St.G.B.'s und dies dem Angeklagten bei dem Gebrauche bekannt. Allerdings nimmt der erste Richter an, daß die Urkunde vom Angeklagten nicht in rechtswidriger Absicht fälschlich angefertigt war. Dies ist aber für die Anwendung des 270 St.G.B.'s, der nur eine objektiv falsche Urkunde, nicht eine solche, die von vornherein in rechtswidriger Absicht fälschlich angefertigt ist, voraussetzt, ohne Belang.